

«Es wird auf einen Ausgleich hinauslaufen»

Der Politologe Jan-Werner Müller über die Macht der Volksvertretungen und die Zukunft der EU



Strassburg. Das Europaparlament könnte in näherer Zukunft durchaus noch einmal gestärkt werden. Foto Keystone

Von Patrick Marcolli, Berlin

In diesen Tagen steht die EU vor entscheidenden Weichenstellungen. Eine wichtige Rolle spielen dabei die nationalen Parlamente, welche die Erweiterung des Euro-Rettungsschirms beschliessen mussten oder noch müssen (siehe Text rechts). Der deutsche Wissenschaftler Jan-Werner Müller, der in Princeton (USA) Politische Theorie und Ideengeschichte lehrt, erklärt, weshalb die Gründerväter der EU Angst vor einem «Parlamentsabsolutismus» hatten und daher nichtgewählte Institutionen stärkten – weshalb aber die nationalen Volksvertretungen dennoch nicht machtlos sind.

BaZ: Herr Müller, die EU kämpft gegen die Finanzkrise – und diese Krise scheint in Deutschland der Auslöser dafür zu sein, dass das Parlament gegenüber der Regierung verstärkt auf sein Mitbestimmungs- und Entscheidungsrecht pocht. Überrascht Sie dieser Machtkampf?

Jan-Werner Müller: Es gab ja keinen Machtkampf um Gewaltenteilung zwischen Regierung und Bundestag als solchem. Vielmehr erwachte bei einigen Abgeordneten der schwarz-gelben Koalition offenbar ihr starkes ordnungspolitisches Gewissen, was zu Konflikten innerhalb der Regierungsparteien führte – wohl auch zu verbal heftigen Auseinandersetzungen. Daran, dass der erweiterte Rettungsschirm vom Bundestag abgesegnet wird, bestand ja an sich kein Zweifel. Die grosse Frage war, ob es zur «Kanzlermehrheit» reichen würde.

Allerdings hatte die dritte Gewalt im Staat auch eine Rolle gespielt.

Ja, kurz vor der Abstimmung hat das Bundesverfassungsgericht in einem wegweisenden Urteil auch noch einmal ausdrücklich den Bundestag gestärkt. Und der Präsident des Gerichts hat in einem Interview ausdrücklich begrüsst, dass die Abgeordneten nun auf ihre Rechte pochen und sich einmischen. Insofern gibt es keine wirkungsmächtige öffentliche Meinung, welche die Rechte und Möglichkeiten der Volksvertretung einschränken will. Nur findet sich eine verbreitete Skepsis, ob der Bundestag wirklich einmal eine Art Notbremse ziehen kann und will. Als sich dann noch herausstellte, dass einige Abgeordnete nicht so ge-

nau wussten, worüber sie eigentlich abgestimmt hatten, verstärkte sich diese Skepsis sicher.

Also geht es gar nicht um Macht oder Ohnmacht der Volksvertretungen.

Nein, denn die nationalstaatlichen Parlamente sind ja nicht entmachteter: Massnahmen wie der Rettungsschirm müssen jeweils in den Euro-Ländern individuell abgesegnet werden. Wer die derzeitige Struktur der EU vor allzu groben Verdächtigungen, das Ganze sei eine völlig undemokratische Veranstaltung, in Schutz nehmen möchte, betont deshalb auch, dass die Regierungen bei Verhandlungen immer schon mitbedenken müssen, was für ihre Parlamente passabel ist – und damit letztlich für die Wähler akzeptabel. Durch den Lissabon-Vertrag sind die Volksvertretungen im Übrigen noch einmal gestärkt worden. Das war eine Konzession an die Vorstellung, dass sich die Legitimität der EU noch immer in erster Linie aus den nationalstaatlichen Demokratien ableitet.

Einen besonders starken Eindruck machen die Parlamente dennoch nicht. Subjektiv oder, wenn Sie so wollen: lebensweltlich, erfahren die europäischen Bürger ihre Volksvertretungen nicht als starke Institutionen – wobei diese Entfremdung ja auch innerstaatlich tiefer geworden ist, also nicht nur im Hinblick auf die EU betreffende Entscheidungen.

«Subjektiv erfahren die europäischen Bürger ihre Parlamente nicht als starke Institutionen.»

Kann es auch sein, dass Europas Gründerväter den Parlamenten zu wenig Entschlusskraft zutrauten?

Die Gründerväter Europas – aber auch viele Verfassungsväter der europäischen Nationalstaaten nach 1945 – waren keine Freunde der Vorstellung von uneingeschränkter Volkssouveränität. Sie misstrauten ganz konkret der Idee von «Parlamentsabsolutismus»: Volksvertretungen mit unbeschränkten Befugnissen – diese Lehre zogen sie aus dem Zeitalter der «demokratischen Suizide» wie in Weimar – konnten theoretisch ihre ganze Macht an Figuren wie Hitler oder Pétain, den Führer von Vichy-Frankreich, abge-

ben. Daher die Stärkung nicht gewählter Institutionen wie Verfassungsgerichte. In diese Entwicklung fügen sich auch die Institutionen der EU – starker Gerichtshof, unabhängige Zentralbank – ein.

War dieses Misstrauen gegen den «Parlamentsabsolutismus» überall gleich stark ausgeprägt?

In Grossbritannien und, wenn ich es als Aussenstehender und Nichtspezialist recht sehe, auch in der Schweiz hat es diese erfahrungsbedingte Distanzierung vom starken Parlamentarismus nicht gegeben – was auch immer wieder zu Konflikten insbesondere mit London führt. Auch für Europa an sich freundlich gesonnene Briten heisst anti-parlamentarisch oder parlaments-skeptisch immer sogleich: undemokratisch und damit illegitim.

Wäre denn mehr Parlamentarismus überhaupt eine Lösung in einer Wirtschaftskrise, die rasches Handeln erfordert?

Dieses Problem ist ja nicht erst seit ein paar Jahren mit der Finanzkrise aufgetreten. Der amerikanische Rechtswissenschaftler Peter Lindseth betont immer wieder, dass Europa schon seit den Anfängen eine Art Ausgleich finden musste: Hier die sachlichen oder technokratischen Herausforderungen, für die es keine einfachen parlamentarischen Lösungen gibt, denn Parlamente können gar nicht im Einzelnen regulieren oder Verwaltungen beaufsichtigen. Und dort die Erwartungen an «kulturelle Lesbarkeit» der europäischen Institutionen, welche sich aus den demokratischen politischen Kulturen der Nationalstaaten ergaben.

Ein schwer lesbares Bild, das die EU von sich abgibt.

Ja. Aus den genannten Gründen changiert sie merkwürdig zwischen Staatlichkeit und Zwischenstaatlichkeit: Einige Institutionen sehen so eigenmächtig aus, als wäre Europa ein riesengrosser Nationalstaat, bei anderen ist klar, dass die Exekutiven der Mitgliedsstaaten die Aufsicht über die EU ausüben. Das macht aber die EU als Ganzes schwerer verständlich und «lesbar» – ein Zustand, der ja viel beklagt wird, nicht zuletzt von der Kommission. Wobei es wohl leider ein Fehlschluss ist zu meinen, wenn die europäischen Bürger die EU nur besser verstanden, empfänden sie auch automatisch mehr «Begeisterung» für das europäische Projekt.

Was sind die Alternativen für ein künftiges Europa?

Wahrscheinlich wird es auf einen neuen Ausgleich zwischen funktionalen Erfordernissen und Institutionen, welche Europa für die Bürger lesbar und auch vollziehbar machen, hinauslaufen. Dies könnte durchaus auch noch einmal eine Stärkung des Europaparlaments und auch der nationalen Parlamente bedeuten. Sicherlich wird dabei auch um Macht gekämpft werden: Die Kommission ist ja jüngst sehr ins Hintertreffen geraten. Der Euro-Rettungsschirm muss auch irgendwie Glaubwürdigkeit gewinnen können

«Die kleineren Staaten wollen sich nicht einfach Beschlüssen von Merkel und Sarkozy beugen.»

und darf nicht als Spielball politischer Kräfte gesehen werden. Die kleineren Staaten wollen sich nicht einfach einsamen Beschlüssen von Merkel und Sarkozy beugen – hier ist noch vieles offen, auch wenn man prinzipiell eine «Wirtschaftsregierung» im Euroland will.

Geht es nicht auch um die Frage, ob man auf ein viel stärker vereintes oder viel loser verbundenes Europa hinsteuert?

Theoretisch sind zwei extreme Optionen denkbar: Der direkte Sprung in die Bundesstaatlichkeit – so jüngst in der «Süddeutschen Zeitung» gefordert, mit einer Abstimmung über eine neue deutsche Verfassung, um mehr Europa möglich zu machen – oder, andererseits, die Zurückstufung Europas auf eine Freihandelszone ohne gemeinsame Währung, solange man die Wirtschafts- und Finanzpolitiken nicht vereinheitlichen kann und will – so die Präferenz von Neoliberalen und vielen Euro-Skeptikern. Wer eine offene und ehrliche Debatte über Europas Zukunft will – und das wollen ja angeblich immer alle –, sollte auch die Vor- und Nachteile dieser Optionen mit diskutieren. Auch wenn sie so gar nicht der üblichen europäischen Methode des Durch- und Weiterwurstelns entsprechen.

Von Jan-Werner Müller sind jüngst folgende Werke erschienen: Verfassungspatriotismus (2010) und Contesting Democracy: Political Ideas in Twentieth-Century Europe (2011).

Slowakei ringt um Euro-Paket

Liberaler gegen Rettungsschirm

Von Paul Flückiger

Bratislava. «Wir werden dem Euro-Rettungsschirm in der heutigen Form am Dienstag nicht zustimmen», verkündete der Fraktionschef der zweitstärksten slowakischen Koalitionspartei «Freiheit und Solidarität» (SaS), Jozef Kollar, im «Samstagsgespräch» des slowakischen Radios. Damit sind die Hoffnungen auf Einlenken der SaS geplatzt. Die Partei des einstigen Geschäftsmanns Robert Sulik sträubt sich als letzte der Vierparteien-Koalition von Ministerpräsidentin Iveta Radocova gegen diesen Solidaritätsakt in der Euro-Zone.

Die Slowakei hat die Gemeinschaftswährung 2009 eingeführt, sich ein Jahr später allerdings auf Betreiben Suliks bereits aus dem ersten Hilfspaket für Griechenland ausgeklinkt. Wer wie die Griechen dauernd Regeln breche und über seine Verhältnisse lebe, verdiene keine Unterstützung – schon gar nicht von einem viel ärmeren Land. Und wer schlecht Haushalte, solle nicht auch noch dafür belohnt werden, argumentiert Sulik.

In seinem Blog rechnet Parteichef Sulik den Slowaken vor, dass der slowakische Beitrag in Arbeitsstunden umgerechnet pro Kopf EU-weit der teuerste ist. Suliks Schulbuch-Liberalismus klingt gut, allerdings waren am Sonntag zwei von drei Slowaken gemäss einer Online-Umfrage der führenden Tageszeitung «Sme» überzeugt, dass Sulik schon noch klein beigegeben wird.

Klausur in der Hohen Tatra

Bereits am Donnerstag hatte es danach ausgesehen. Die SaS hatte ihren Koalitionspartnern einen Kompromiss unterbreitet, der Sondergarantien für die Slowakei vorsieht. So sollte Bratislava künftig über jede Hilfszahlung aus dem EU-Fonds noch einmal abstimmen dürfen. Doch Regierungschefin Radocova lehnte ein solches Sonder-Vetorecht für die Slowakei in der Nacht zum Samstag ab. Dies sei in Brüssel nicht durchsetzbar, argumentierte sie laut der Tageszeitung «Sme». Die Parteiführung der SaS hat sich darauf zu einer Klausurtagung in die Hohe Tatra zurückgezogen. In dem Höhenkurort Tatranska Lomnica, im Schatten der höchsten Gipfel des Landes, wollen die Liberalen auf einer geheimen Klausurtagung an einem neuen Lösungsvorschlag arbeiten.

Bleibt die Partei, die ausgerechnet den Begriff «Solidarität» in ihrem Namen führt, bei ihrem Nein für den Euro-Rettungsschirm, ist auch die Mitte-rechts-Regierung am Ende. Laut der slowakischen Presseagentur TASR denken die wankelmütigen Christdemokraten bereits über eine grosse Koalition mit den Linkspopulisten von Oppositionsführer Robert Fico nach. Seine Smer-Partei könnte die fehlenden Stimmen für die nötige Parlamentsmehrheit am Dienstag beisteuern.



Unsolidarisch. Der slowakische Liberaler Richard Sulik will Griechenland nicht unterstützen. Foto Keystone